



SPD Kreistagsfraktion Ebersberg – Bgm.-Deffner-Straße 16 – 85586 Poing

Herrn
Landrat Robert Niedergesäß
Landratsamt Ebersberg
Eichthalstr. 5
85560 Ebersberg

Albert Hingerl
Fraktionssprecher

Bgm.-Deffner-Straße 16
85586 Poing
Tel 08121-977 178
Fax 08121-977 179
Mobil 0170-22 33 4 76
Email: hingerl@hingerl.de

Poing, 12. April 2017

Mietverträge mit sog. Briefkastenfirmen im Ebersberger Forst

Zum Antrag der ÖDP Kreisverband Ebersberg vom 8.2.2017

I. Antrag:

Der Kreisausschuss möge beschließen:

Die SPD-Fraktion beantragt vor einer endgültigen Abstimmung über den o.g. Antrag einen Bericht des Landrates über nachfolgende Fragen:

- Mit welchen und mit wie vielen Firmen wurde von Anfang an bis heute ein Mietvertrag vom Freistaat bzw. dem Landratsamt abgeschlossen?
- Um welche Geschäftsbereiche handelt es sich bei den besagten Firmen?
- Wo waren die Firmen vorher angemeldet?
- Sind Firmen aus dem Landkreis Ebersberg darunter?
- Wenn nein, wie würde der Landkreis darauf reagieren?
- Wie hoch waren bzw. sind die Gewerbesteuereinnahmen für den Landkreis in Summe und je Firma?
- Wie wirken sich die Gewerbesteuereinnahmen in einer Gesamtbetrachtung unter Berücksichtigung der Schlüsselzuweisungen, der Kreis- und Bezirksumlage und möglichen anderen Faktoren konkret auf die Einnahmenseite des Landkreishaushaltes aus?
- Was blieb bzw. bleibt unter dem Strich für den Landkreis hängen.

II. Begründung:

Es ist rechtlich unstrittig, dass die Steueroase im Ebersberger Forst mit dem dortigen Gewerbesteuer-Hebesatz von 200 Punkten von der deutschen Steuergesetzgebung gedeckt ist.

Nicht eindeutig geklärt ist die Frage, ob es sich überhaupt wirtschaftlich für den Landkreis lohnt, eine derartig umstrittene Einnahmequelle auf Kosten anderen Kommunen anzubieten bzw. damit zu werben.

In der Hauptsache geht es doch auch um die Frage der Steuergerechtigkeit im Rahmen eines gemeinsamen Solidarsystems unter den Kommunen.

Weltweit agierende Fondsgesellschaften nutzen Steuerschlupflöcher wie im Ebersberger Forst vorhanden, um möglichst wenig Steuern zu zahlen. Wäre es nicht besser, als vorbildlicher Landkreis in einer Solidargemeinschaft der kommunalen Familie initiativ zu werden, um diese „legalen Steueroasen“ gesetzlich zu verbieten und nicht als Profiteur aufzutreten.

Aus Sicht der SPD-Fraktion kann über den ÖDP-Antrag nur sinnvoll abgestimmt werden, wenn die o.g. Fragen ausreichend beantwortet worden sind.

Mit freundlichen Grüßen



Albert Hingerl
Fraktionssprecher